

Sckerl-Vorwurf: Kreis will Kammolche aus dem Weg räumen

Artenschutzrechtliche Prüfung hat eindeutig Vorfahrt - Grüne fordern deshalb KVS-Baustopp

"Der Baubeginn der KVS auf Laudenbacher Gemarkung verstösst eindeutig gegen das Stillhaltegebot, das der Rhein-Neckar-Kreis wegen der nicht abgeschlossenen Untersuchung über die Bedeutung des an der Landesgrenze zu Hessen von der BUND-Kindergruppe entdeckten Kammolch-Vorkommens einzuhalten hat", kritisierte jetzt Grünen-Kreisrat und Landtagsabgeordneter Uli Sckerl. Er forderte von Landrat Dr. Schütz die umgehende Einstellung aller Baustellenvorarbeiten und eine Verschiebung des Starts des Trogbauwerks. Der war bisher für Mitte Januar 2009 geplant und soll sich bis Sommer 2010 hinziehen. Sckerl, der auch kurzfristig das zuständige Landesministerium für Verbraucherschutz und ländlichen Raum eingeschaltet hat, sagte zur Begründung, dass die Baustelleneinrichtung und vor allem die aufgeschobene Baustellenzufahrt in unzulässiger Weise die Wanderwege der Kammolche zwischen den beiden Tümpeln auf hessischer und badischer Seite beeinflusse. Wenn dies so bleibe und wenn vor allem die eigentliche Baumaßnahme beginne, könne man die gesetzlich vorgeschriebene und vom Ministerium zugesagte artenschutzrechtliche Prüfung der Bedeutung des Amphibienvorkommens "getrost vergessen". Die Prüfung war von Minister Hauk für das Frühjahr 2009 zugesagt worden, im Sommer 2009 sollte dann entschieden sein, ob es Auswirkungen auf den geplanten Verlauf der KVS-Trasse geben wird. "Es ist mir unerfindlich, warum der Kreis diese Untersuchung, zu der er von der FFH - Richtlinie verpflichtet wird, nicht abwarten kann. Der jetzige Eingriff in die Population ist ein klarer Verstoss gegen das Bundesnaturschutzgesetz", sagte der Grünen-Politiker weiter. Wenn der Kreis hier nicht einlenke und Bedingungen schaffe, die eine einwandfreie Untersuchung der Amphibienvorkommen ermögliche, müsse man leider auch an rechtliche Schritte denken. Es sei bedauerlich, dass der Rhein-Neckar-Kreis, zu dessen gesetzlichen Aufgaben der Naturschutz gehöre, derart vorgehe. Die Naturschutzbehörde im eigenen Haus wisse natürlich, dass ein Eingriff jetzt überhaupt nur unter der Bedingung möglich wäre, dass vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen weit vor dem Baubeginn eingeleitet worden sind und zum Zeitpunkt des Eingriffs bereits wirken. "Davon kann in Laudenbach nicht die Rede sein", fügte Sckerl an. Man habe das ungute Gefühl, dass hier einfach Fakten geschaffen und die Kammolche buchstäblich aus dem Weg geräumt werden sollen. Natur- und Artenschutz sei angesichts des dramatischen Schwunds gerade in den Ballungsgebieten aber keine beliebige Verhandlungsmasse mehr. "Wir werden für die Einhaltung der Gesetze mit allem Nachdruck kämpfen", kündigte der Grünen-Politiker an.